

**Kitaplatzausbau beschleunigen –
Investitionsbereitschaft der Kitaträger unterstützen –
Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für die Kinder sichern**

Der Kitaplatzausbau war in den vergangenen Jahren, insbesondere durch das Engagement der freien Träger zwar enorm, reicht aber seit längerer Zeit nicht mehr aus. Die Kitaträger haben dabei in einem erheblichen Umfang Eigenmittel eingebracht. Die Gewährleistung des Rechtsanspruchs für die Familien in Berlin hinkt schon seit einigen Jahren dem Bedarf hinterher. Beispielsweise werden die Modularen Kitabauten in weit geringerem Umfang hergestellt und dies auch noch erheblich verspätet. Träger von Kindertagesstätten werden in vielen Fällen nicht bei der Errichtung von Kitas und zusätzlichen Plätzen unterstützt, sondern in einem Dschungel von Zuständigkeiten hin und her geschoben.

Die Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin wären sofort in der Lage z.T. auch kurzfristig bis zu 3.000 zusätzliche Kitaplätze zu schaffen, wenn das Land Berlin die entsprechenden Bedingungen zum schnellen und erweiterten Ausbau schaffen würde. Die unzureichende Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz für die Eltern in Berlin zeigt sich u.a. weiter steigenden Klagen von Eltern und Ablassvereinbarungen zwischen den Jugendämtern Berlins und den Eltern. Mit der neuen Bevölkerungsprognose des Landes Berlins wird deutlich, dass sich die Zahl der notwendigen Kitaplätze in den kommenden Jahren erheblich erhöht. Die im Landeshaushalt vorgesehen Mittel für den Kitaplatzausbau werden nicht ausreichen, dieser Anforderung gerecht zu werden.

Der Paritätische Berlin und seine Mitgliedsorganisationen fordern daher das Land Berlin schnellstens auf:

1. die Träger beim Kitaplatzausbau zu unterstützen, die in den vergangenen Jahren für eine stabile und gute Versorgung in dieser Stadt beigetragen haben und für diese eine one-stop-agency einzurichten.
2. die Förderobergrenzen auf 35.000 € im Neubau pro Platz anzuheben und die Aufwendungen zu erstatten, welche die Träger für die Sicherung des Rechtsanspruchs in Berlin tatsächlich haben.
3. die Förderbedingungen zukünftig so zu gestalten, dass Kostensteigerungen während der Bauphase auch vom Land Berlin finanziert werden.
4. Flächen für die Errichtung von Kindertagesstätten anzukaufen.
5. ein einheitliches und transparentes Grundstücksmanagement in den Bezirken durchzusetzen, damit verfügbare öffentliche Flächen für Kitabauten zur Verfügung gestellt werden können.
6. eine schnelle Anpassung der Kitafinanzierung zu vollziehen, damit die drastisch gestiegenen Mietpreise und Gebäudeunterhaltungen zukünftig noch von den Trägern finanziert werden können.
7. zusätzliche Sanierungsmittel für die freien Kita-Träger in Höhe von mind. 50 Mio. € jährlich in den kommenden vier Jahren zur Verfügung zu stellen.

rund 10% der tatsächlichen Baukosten erspart. Diese Kostenaufwüchse werden den Trägern der Kindertagesbetreuung durch die derzeitigen Regelungen übergeholfen.

Zu 4) Der Paritätische fordert ein Flächenankaufprogramm für Kitaflächen vom Land Berlin um den durch die wachsende Stadt benötigten Kitaplatzausbau realisieren zu können. Um diesen gut zu bewältigen, **fordern wir das Land Berlin in den kommenden fünf Jahren auf, jährlich 10 Flächen im S-Bahninnenstadtring und 10 Flächen außerhalb des Rings für den Bau von Kindertagesstätten zu erwerben.**

Zu 5) Da die Flächenfrage für Kitaneubauten zur zentralen Frage bei der Sicherung des Rechtsanspruchs für einen Kitaplatz wird, **fordert der Paritätische, ein zwischen den Bezirken und der Senatsjugendverwaltung abgestimmtes Flächenmanagement.** Die Regularien in den Bezirken zur Vergabe von Grundstücken zur Nutzung von Kindertagesstätten sind höchst unterschiedlich. Es besteht eine große Unübersichtlichkeit in Berlin. Gerade leistungsstarke Träger haben es mit unterschiedlichen Verfahren in den Bezirken zu tun. Es kann nicht sein, dass für den Bereich der Kultur und Soziokultur ein Flächenmanagement betrieben wird und der Bereich der Daseinsvorsorge mit einem gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz die übriggebliebenen Lücken ausfüllen darf. Weiterhin sollte der Senat schnellstens prüfen, ob es baurechtlich noch sinnvoll ist, dass es in einer Dienstleistungsstadt wie Berlin untersagt ist, Kindertagesstätten in einem Gewerbegebiet zu errichten und zu betreiben.

Zu 6) Die erheblich gestiegenen Gewerbemieten sind für die Kita-Träger in Mietobjekten nicht mehr realistisch finanzierbar. Die Kostenerstattung des Landes für die Sachkosten reichten auch nicht mehr bei eigenen oder vom Land Berlin überlassenen Objekten aus, um die kleine bauliche Unterhaltung zu finanzieren (Schönheitsreparaturen, Fußbodenerneuerung, Gruppenraumanstrich erneuern, Küchengeräte erneuern usw.). Daher fordert der Paritätische Berlin und seine Mitgliedsorganisationen, **dass der Sachkostenanteil sofort um mindestens 10 % erhöht** wird. Damit könnten dann die in den vergangenen Jahren gestiegenen Kosten in diesen Bereichen finanziert werden. Andernfalls werden Kita-Träger weitere Einrichtungen in Mietobjekten nach und nach aufgeben müssen.

Zu 7) Die bauliche Unterhaltung von Kindertagesstätten auf landeseigenen und trägereigenen Grundstücken ist ebenfalls nicht finanziert. Zwar hat das Land Berlin erstmals in 2020 einen Betrag von 5 Mio. € zur Sanierung von Kindertagesstätten freier Träger bereitgestellt und immerhin 23 Mio. € für die Kita-Eigenbetriebe des Landes, die aber leider nur 20 % der Plätze innehaben. Die 5 Mio. € sind für viele ältere Gebäude in Berlin die bereits über 50 Jahre alt sind bei weitem nicht ausreichend. **Der Paritätische Berlin fordert mit seinen Mitgliedsorganisationen zusätzliche Sanierungsmittel für die freien Kita-Träger in Höhe von jährlich 50 Mio. € in den mindestens kommenden drei Jahren.** Damit könnten die älteren Gebäude, die ggf. von Schließungen bedroht wären und einen erhebliche Sanierungsstau an Dach und Fach haben, erhalten bleiben.

Zu 8) Das Land Berlin schließt mit Investoren im Wohnungsbau städtebauliche Verträge zur Errichtung von sozialer Infrastruktur (Kitas und Schule) ab. In vielen Fällen versuchen die Investoren diese Flächen erstens nicht selber einzurichten und zweitens Mietpreise zu verlangen die z.T. über 15 € Netto kalt je qm liegen. Es kann nicht sein, dass Kita-Träger den Innenausbau in solchen Flächen finanzieren, ggf. dafür Fördermittel in Anspruch nehmen und dann den Investoren noch einen